

**Bildungsmonitor 2021.** Die Corona-Pandemie hat die Probleme im deutschen Bildungswesen in vielen Punkten nicht nur offengelegt, sondern zum Teil noch verschärft. Vor allem der Distanzunterricht hat Spuren hinterlassen: Knapp die Hälfte der Lehrer attestiert bei der Mehrheit der Schüler gravierende Lernrückstände. Das 2 Milliarden Euro teure Aufholprogramm der Bundesregierung wird nicht ausreichen, um diese Lücken zu schließen, sagen die beiden IW-Wissenschaftler Christina Anger und Axel Plünnecke. —> [Seiten 2-5](#)

#### **Vereinsfinanzen**

Auch der Fußballsport leidet unter der Pandemie. Die UEFA schätzt, dass der Gesamtumsatz im europäischen Profifußball 2020 um mehr als 10 Prozent gesunken ist.

—> [Seiten 6-7](#)

#### **Exportwirtschaft**

Kaum ein anderes größeres Industrieland ist so handels-offen wie Deutschland. Doch Krisen, Protektionismus und Deglobalisierung rütteln am einstigen Erfolgsmodell.

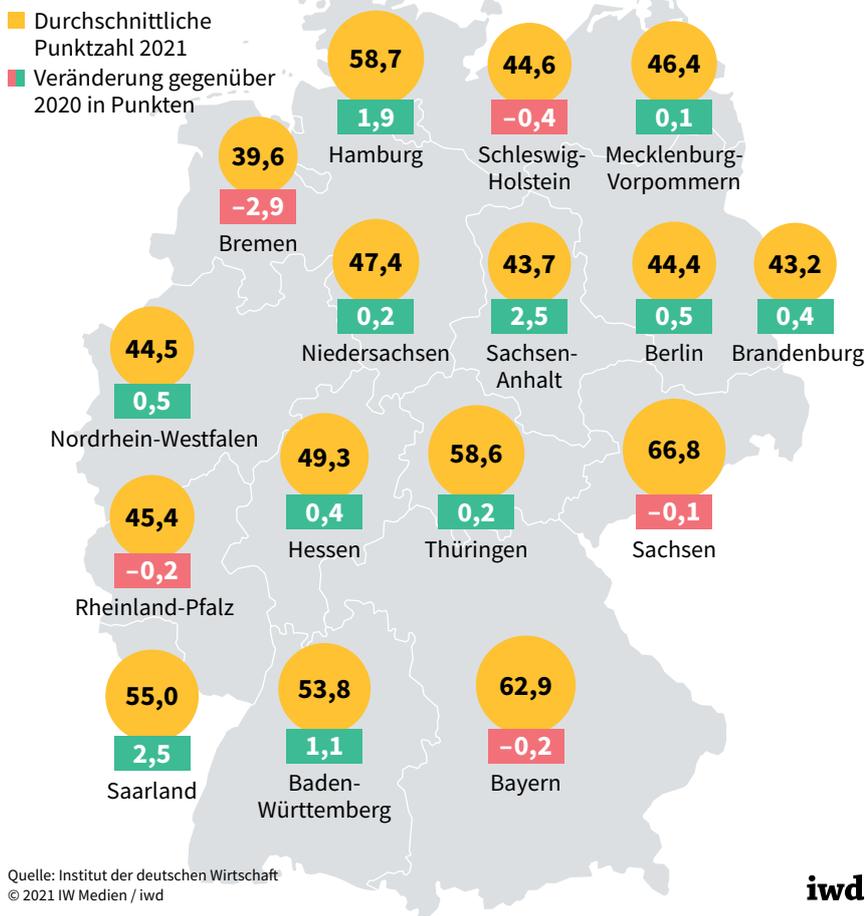
—> [Seiten 8-9](#)

# Corona beutelt die Bildung

**Bildungsmonitor 2021.** Wie gut sind die Bildungssysteme der einzelnen Bundesländer aufgestellt? Die neue, 18. Auflage des Bildungsmonitors des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt, dass es seit vielen Jahren kaum noch Fortschritte gibt – und die Corona-Krise dürfte insbesondere die ohnehin angespannte Lage in den Kategorien Schulqualität, Bildungsarmut und Integration noch verschlechtern.

## Bildungsmonitor: Das Ranking 2021

Der Bildungsmonitor untersucht die Bildungssysteme der Bundesländer anhand von 93 Einzelindikatoren in zwölf Handlungsfeldern. Das Land, welches im Jahr 2013 bei einem Indikator den schlechtesten Wert erzielte, bekam 0 Punkte und das Land mit dem besten Ergebnis 100 Punkte. Alle anderen Länder bekamen, je nach Abschneiden, Werte dazwischen. Seither werden die Punkte basierend auf diesen Ausgangswerten fortgeschrieben.



Beim Bildungsmonitor, den das IW jedes Jahr für die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) erstellt, geht es zum einen um die Frage, inwieweit das Bildungssystem zur Sicherung des Wohlstands in Deutschland beiträgt, und zum anderen um Gerechtigkeit – also darum, ob der Einzelne eine Chance auf Teilhabe hat, ob das Risiko von Bildungsarmut reduziert und die Durchlässigkeit des Bildungssystems gefördert wird.

Um das herauszufinden, untersucht der Bildungsmonitor zwölf Bildungsbereiche mit insgesamt 93 Einzelindikatoren – angefangen mit der Frage, wie viel Geld ein Bundesland pro Schüler ausgibt, über den Anteil unversorgter Bewerber um einen Ausbildungsplatz bis hin zu den Forschungs- und Entwicklungsausgaben an den Hochschulen.

Die Gewinner und Verlierer im Jahr 2021 (Grafik):

**Sachsen rangiert mit 66,8 Punkten an der Spitze – und steht dort bereits zum 15. Mal.**

Auch Bayern ist wie im Vorjahr auf Platz zwei, während Hamburg einen Platz aufrücken und den Vorjahresdritten Thüringen auf Platz vier verweisen konnte.

Bei diesen Indikatoren stehen die Spitzenreiter besonders gut da:

**Sachsen** schneidet in fast allen der zwölf untersuchten Handlungsfelder sehr gut ab. Besondere Stärken hat der Freistaat jedoch in der Förderinfrastruktur (zum Beispiel im Akademisierungsgrad des Kita-Personals), der Schulqualität (etwa die Kompetenzen in Mathematik) und der Forschungsorientierung (unter anderem die eingeworbenen Drittmittel je Professor), hier belegt das Land jeweils Platz eins. Hinzu kommen zweite Plätze in Sachen Vermeidung von Bildungsarmut (zum Beispiel der Anteil der Schüler mit geringen Kompetenzen) und Internationalisierung (etwa der Anteil an Bildungsausländern an den Studierenden).

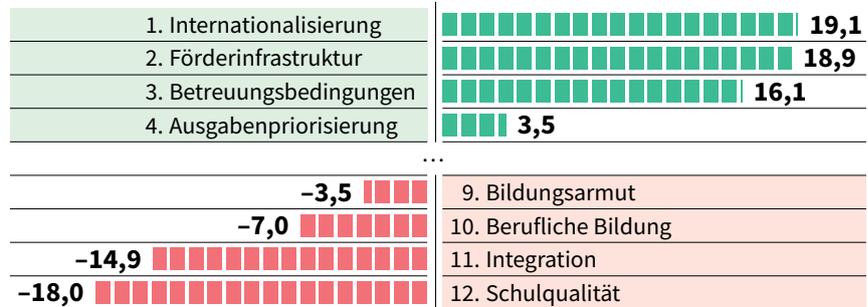
**Bayern** schaffte es im Bundesländer-Ranking 2021 bei der Vermeidung von Bildungsarmut und der Integration (unter anderem Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg) sowie bei der beruflichen Bildung auf Platz eins und erreichte in den Kategorien Schulqualität, Ausgabenpriorisierung (zum Beispiel die Relation von Bildungsausgaben pro Schüler zu den Gesamtausgaben öffentlicher Haushalte pro Einwohner), Inputeffizienz (unter anderem Ausgeglichenheit der Altersstruktur der Lehrkräfte) und Forschungsorientierung jeweils den zweiten Platz.

**Hamburg** landete bei den Handlungsfeldern Internationalisierung und Inputeffizienz jeweils auf dem ersten Platz. In Sachen Förderinfrastruktur reichte es für die Hanseaten für Platz zwei und bei der Zeiteffizienz (zum Beispiel Wiederholerquoten an Schulen) für Platz drei.

Auf den unteren Plätzen gab es 2021 ebenfalls wenig Veränderungen gegenüber 2020. Dort stehen wieder, nur in anderer Reihenfolge, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Bremen.

### Bildung in Deutschland: Wo es läuft, wo es hakt

In diesen Handlungsfeldern des IW-Bildungsmonitors gab es zwischen 2013 und 2021 die größten Verbesserungen bzw. Verschlechterungen, Veränderung in Punkten



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Das Kurzprofil der drei Länder, die beim Bildungsmonitor 2021 am schlechtesten abschnitten:

**Sachsen-Anhalt**, Drittlezter im Bundesländer-Ranking, liegt in fünf der zwölf Handlungsfelder auf einem der drei letzten Plätze: Inputeffizienz, Ausgabenpriorisierung, Betreuungsbedingungen, Integration und Hochschule/MINT (zum Beispiel der Anteil der Hochschulabsolventen an der akademischen Bevölkerung).

Positiv hervorgehoben werden kann aber, dass das Land 2021 mit einem Plus von 2,5 Punkten gegenüber 2020 immerhin zusammen mit dem Saarland den größten Fortschritt aller Bundesländer erzielen konnte.

**Brandenburg** rangiert in drei der zwölf Kategorien jeweils auf dem letzten Platz – Forschungsorientierung, Hochschule/MINT und Zeiteffizienz. Und in der Kategorie berufliche Bildung (zum Beispiel die Zahl der Ausbildungsstellen in Relation zur Bevölkerungsgröße) reicht es nur für den vorletzten Platz.

Überdurchschnittlich schneidet das Bundesland dagegen bei der Integration (Platz zwei), der Internationalisierung (Platz drei) und der Vermeidung von Bildungsarmut (Platz vier) ab.

**Bremen** hält in den Kategorien Vermeidung von Bildungsarmut, Schulqualität und Integration die rote Laterne und erreicht bei der Aufgabenpriorisierung und der Förderinfrastruktur nur Platz 14.

Immerhin belegt die Hansestadt in dem Handlungsfeld Hochschule/MINT den ersten Platz und auf den Feldern Inputeffizienz und Betreuungsbedingungen (unter anderem die Schüler-Lehrer-Relation) die Ränge drei und vier.

Über alle Bundesländer hinweg stagnieren die Ergebnisse in puncto Bildungsqualität seit einigen Jahren: Konnte sich Deutschland im Zeitraum 2004 bis 2009 noch um jahresdurchschnittlich 3,3 Punkte und von 2009 bis 2013 um immerhin noch 2,6 Punkte verbessern, waren es seitdem nur 0,1 Punkte pro Jahr.

Zwar gibt es in der Gesamtschau auch messbare Fortschritte (Grafik):

**Die Internationalisierung, die Förderinfrastruktur und die Betreuungsbedingungen konnten seit 2013 punkten.**

Doch anderswo hakt es vielfach im Bildungswesen – und dieser Problemdruck wird durch die Folgen der Pandemie noch verstärkt:

„Das Bildungssystem stagniert seit Jahren: Konnte sich Deutschland von 2004 bis 2009 noch um jahresdurchschnittlich 3,3 Punkte und von 2009 bis 2013 um 2,6 Punkte verbessern, waren es seitdem nur noch 0,1 Punkte pro Jahr.“

**Schulqualität.** In dieser Kategorie geht es um die Kompetenzen der Schüler und Schülerinnen in Sachen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Internationale Vergleiche wie Pisa, Timms und Iglu haben zwar gezeigt, dass sich die Leistungen des deutschen Nachwuchses nach dem Pisa-Schock von 2000 zunächst deutlich verbessert haben, seit einigen Jahren stagnieren aber die Ergebnisse bestenfalls und am aktuellen Rand könnten die durchschnittlichen Kompetenzen wieder gesunken sein. Darauf deuten zumindest erste Studien hin: Demnach konnte der Fernunterricht den Ausfall des Präsenzunterrichts während der Corona-Pandemie nicht kompensieren und hat zu entsprechenden Lernverlusten geführt.

Für diesen Befund spricht auch die Einschätzung der Lehrerinnen und Lehrer, die das Meinungsforschungsinstitut Civey im Sommer 2021 befragt hat:

**Fast jede zweite Lehrkraft in Deutschland gibt an, dass mehr als die Hälfte der Schülerinnen und**

**Schüler im Schuljahr 2020/2021 gravierende Lernrückstände aufwiesen.**

In die gleiche Kerbe schlugen die Erziehungsberechtigten: Die Mehrheit der Eltern mit schulpflichtigen Kindern war im Schuljahr 2020/2021 mit den Lernangeboten der Schulen unzufrieden.

**Vermeidung von Bildungsarmut.** Da leistungsschwache Schülerinnen und Schüler von den Schulschließungen während der Pandemie stärker betroffen sind, dürfte die Bildungsarmut zunehmen. Zudem zeigen erste Indikatoren, dass auf dem Ausbildungsmarkt sowohl das Angebot, vor allem aber auch die Nachfrage zurückgegangen sind und es deutlich weniger Möglichkeiten zur Berufsorientierung an den Schulen gab.

**Integration.** Der fehlende Präsenzunterricht geht vor allem zulasten von Kindern aus bildungsfernen Haushalten und mit Migrationshintergrund, sodass diese Gruppen weiter hinter ihren Mitschülern zurückfallen dürften.

Zudem sind die Unterschiede in den Bildungssystemen der Bundesländer nach wie vor groß:

**Zwischen Spitzenreiter Sachsen und Schlusslicht Bremen liegen mehr als 27 Punkte.**

Damit sich die Bildungsungleichheit nicht weiter verschärft und Deutschland die großen Herausforderungen von Digitalisierung, Dekarbonisierung und den demografischen Wandel mit gut ausgebildeten Menschen angehen kann, sind spürbarere Bildungsimpulse notwendig. Dazu gehört vor allem:

**Digitalisierung an Schulen voranbringen und MINT stärken.**

Die Schulen brauchen 20.000 zusätzliche IT-Stellen, die Lehrkräfte müssen in digitalen Technologien qualifiziert werden und es braucht intelligente Lernsoftware. Im MINT-Bereich müssen die Lehrkräfteversorgung gesichert und Angebote entlang der gesamten Bildungskette gemacht werden.

**Corona-Aufholprogramm.** Die Lernrückstände aufgrund der Pandemie müssen systematisch erfasst und dann durch Nachqualifizierungsprogramme aufgeholt werden (siehe Kommentar Seite 5). Hilfreich wären Mentoring-Programme und Lernangebote für die Ferien.

Darüber hinaus braucht Deutschland einen weiteren Ausbau der Ganztagsinfrastruktur an Kitas und Schulen und muss diese Einrichtungen auch qualitativ stärken – zum Beispiel durch mehr multiprofessionelle Teams, die die individuelle Förderung verbessern.

#### **IW-Gutachten**

Christina Anger, Wido Geis-Thöne, Axel Plünnecke:

INSM-Bildungsmonitor 2021 – Bildungschancen stärken, Herausforderungen der Corona-Krise meistern

[iwkoeln.de/bildungsmonitor2021](http://iwkoeln.de/bildungsmonitor2021)

**Kommentar.** Die Pandemie hat bei vielen Schülerinnen und Schülern zu Lernrückständen geführt. Das hat die Politik erkannt und ein 2 Milliarden Euro teures Aufholprogramm aufgelegt – doch insgesamt sind sehr viel mehr Maßnahmen nötig, meinen die beiden IW-Wissenschaftler und Bildungsmonitor-Autoren **Christina Anger** und **Axel Plünnecke**.



Fotos: IW Medien

## Ohne weitere Investitionen geht es nicht

Schon in den zurückliegenden Jahren hat der IW-Bildungsmonitor kaum Verbesserungen in den Bildungssystemen der Bundesländer feststellen können. Nun steht das deutsche Bildungssystem durch die Corona-Pandemie vor seiner größten Herausforderung seit Jahrzehnten.

Erste empirische Befunde zeigen, dass aufgrund der Schulschließungen bei vielen Schülerinnen und Schülern größere Lernlücken entstanden sind, wobei jüngere und ärmere stärker betroffen waren als ältere und reichere. Die Lücken fallen in Mathematik größer aus als im Lesen und Leistungsschwächere haben stärker unter der Umstellung auf den Distanzunterricht gelitten als Leistungsstärkere. Daher ist zu erwarten, dass die Corona-Krise in den kommenden Jahren auf einige Handlungsfelder des Bildungsmonitors negative Auswirkungen hat – insbesondere auf die Schulqualität, die Bildungsarmut und die Integration, was in der Folge Konsequenzen für die berufliche Bildung und die Hochschulen haben wird.

Zwar hat die Bundesregierung bereits ein bundesweites „Aufholpro-

gramm“ im Umfang von 2 Milliarden Euro verabschiedet, um Corona-Lernlücken zu schließen – 1 Milliarde für Nachhilfe, 1 Milliarde für Mentoring-Programme und sozialpädagogische Maßnahmen. Zusätzlich wollen die Länder das Nachhilfe-Programm in unterschiedlicher Form und Umfang ergänzen. Doch die Umsetzung wirkt wie in einem Blindflug.

Denn um zusätzliche Förderangebote sinnvoll planen und inhaltlich gestalten zu können, braucht es Vergleichsarbeiten und dadurch einen systematischen Überblick über die genauen Lernverluste. Und zwar aufgeschlüsselt nach Schulen, Schülergruppen, Kompetenzbereichen, Jahrgängen und weiteren sozioökonomischen Faktoren der Schülerinnen und Schüler. Erst auf dieser Basis können Förderprogramme effektiv umgesetzt werden.

In einem zweiten Schritt sollte die Infrastruktur an den Schulen ausgebaut werden, sodass Kinder und Jugendliche vor Ort stärker gefördert werden können. Aktuell fehlen rund 340.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige und 645.000 Plätze an Ganztagsgrundschulen bundesweit.

Darüber hinaus sollten an allen Schulen zusätzliche Stellen für Chancenbeauftragte geschaffen werden, die die zusätzlichen Fördermaßnahmen koordinieren.

Ferner hat die Corona-Krise gezeigt, dass die Digitalisierung an den Schulen vorangetrieben werden muss. Zusätzlich zur Umsetzung des Digitalpakts sollten die Lehrkräfte für den Einsatz digitaler Technologien im Unterricht besser qualifiziert und eine intelligente Lernsoftware entwickelt werden, die Schüler motiviert und individuell fördert. Um die IT-Administration sicherzustellen und die Lehrkräfte zu unterstützen, werden 20.000 zusätzliche IT-Kräfte an den Schulen benötigt.

Insgesamt sind für all diese Maßnahmen zusätzliche jährliche Bildungsausgaben in Höhe von 16 bis 17 Milliarden Euro nötig. Mit diesen gezielten Investitionen können Bildungschancen verbessert werden und die in den kommenden Jahren zunehmenden Herausforderungen von Digitalisierung, Demografie und Dekarbonisierung – Stichwort: Innovationen – besser gemeistert werden.

# König Fußball muss sparen

**Vereinsfinanzen.** Die europäische Fußball-Saison 2021/22 hat begonnen. Nach einer Spielzeit, die fast ausschließlich ohne Zuschauer in den Stadien stattfinden musste, freuen sich die Klubs über die Rückkehr der Fans – wenn auch nur in reduziertem Umfang. Denn die Vereine benötigen die Ticketeinnahmen dringender denn je.

Nach der Europameisterschaft ist vor der Bundesliga: Nur einen Monat nach dem Sieg der italienischen Mannschaft gegen die englische Auswahl im EM-Finale hat Titelverteidiger Bayern München gegen Borussia Mönchengladbach die Bundesliga-Saison 2021/22 eröffnet.

Während die vergangene Spielzeit coronabedingt fast ausschließlich

vor leeren Rängen stattfand, dürfen nun wieder Zuschauer in die Arenen, je nach Bundesland und Inzidenzwert aber nur bis zu einer bestimmten Auslastung der Stadionkapazitäten. Ein Grund zum Aufatmen für die Profiklubs, denn viele sind wegen ausbleibender Einnahmen während der Pandemie in finanzielle Schwierigkeiten geraten.

Der europäische Fußballverband UEFA schätzt, dass den Vereinen in Europa allein durch fehlende Ticketverkäufe in diesem Jahr insgesamt 4 Milliarden Euro entgehen. Dazu kommen Mindereinnahmen im Sponsoring von 2,7 Milliarden Euro und ein Erlösrückgang bei den Übertragungsrechten von weiteren 1,4 Milliarden Euro, sodass sich die ausbleibenden Einnahmen insgesamt auf mehr als 8 Milliarden Euro summieren.

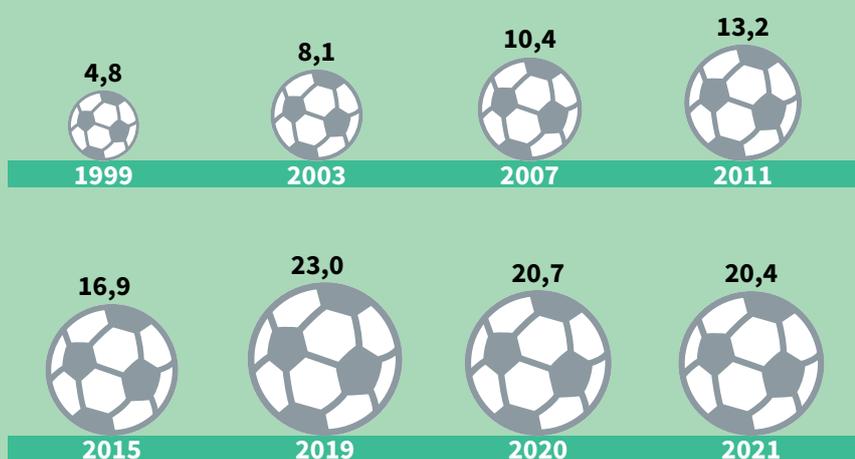
Einen Teil davon können die Vereine durch Sparmaßnahmen auffangen, zu Umsatzeinbrüchen kommt es dennoch (Grafik):

**Die UEFA rechnet für 2020 mit einem Rückgang des Gesamtumsatzes im europäischen Profifußball von rund 10 Prozent.**

Der Umsatz wäre damit zum ersten Mal rückläufig: Ohne die Pandemie hätten die Zeiten des stetigen Wachstums – zwischen 1999 und 2019 stieg der Gesamtumsatz im Jahresdurchschnitt um rund 8 Prozent – laut dem Verband ihre Fortsetzung gefunden, das Coronavirus hat diesen Lauf aber zumindest vorerst beendet.

## Corona beendet Wachstum

Gesamtumsatz im europäischen Profifußball in Milliarden Euro



2020, 2021: Prognose

Quelle: UEFA  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Betrachtet man die einzelnen Ligen und Teams genauer, zeigt sich ein differenziertes Bild:

**Seit dem Ausbruch der Pandemie mussten insgesamt 46 Klubs aus ersten oder zweiten europäischen Ligen Insolvenz anmelden, wurden aufgrund wirtschaftlicher Probleme von den Ligen ausgeschlossen oder zogen ihre Teilnahme am Spielbetrieb freiwillig zurück.**

Betroffen waren allerdings meist osteuropäische Vereine, Mannschaften aus den Top Five – die Ligen in England, Spanien, Deutschland, Frankreich und Italien – sucht man in der Liste vergeblich.

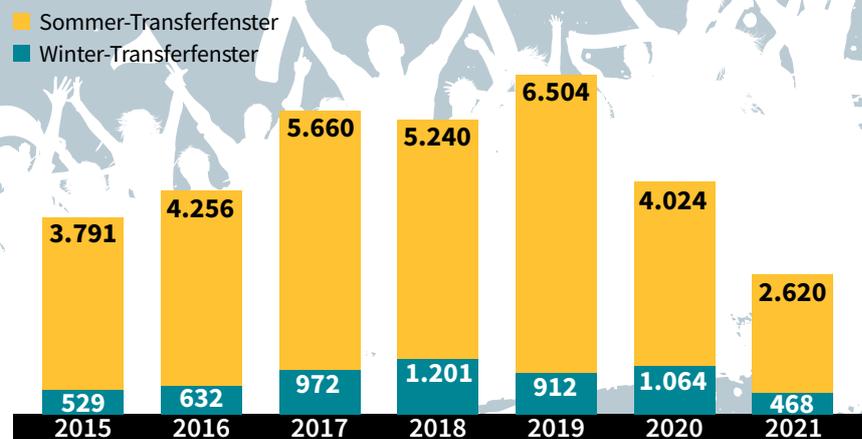
Danach sah es nicht immer aus: Als im März und April 2020 der Ball pandemiebedingt ruhte und nicht klar war, wann und unter welchen Auflagen der Spielbetrieb wieder starten kann, meldeten beispielsweise 13 der 36 deutschen Profimannschaften, dass ihnen noch in der Saison die Insolvenz drohe, wenn die Einnahmen noch länger ausblieben.

Da aber relativ schnell ein umfassendes Corona-Testsystem rund um Spieler und Betreuer aufgebaut wurde und die Spiele ohne Zuschauer wieder stattfinden konnten, erreichten die Vereine zumindest die dringend benötigten Einnahmen aus der Fernsehvermarktung und den damit zusammenhängenden Sponsoringgeldern.

Die finanzielle Lage vieler Teams ist zwar weiterhin bedenklich, alle deutschen Vereine erhielten im Frühjahr von der Deutschen Fußball Liga (DFL) aber ihre Lizenz für die anstehende Saison. Bereits im Herbst müssen die angeschlagenen Klubs der DFL jedoch nachweisen, dass sie die erhobenen Auflagen erfüllt haben. So darf sich beispielsweise das negative Eigenkapital nicht erhöhen.

## Spielerkäufe: Vereine müssen sparen

Gesamtausgaben der europäischen Profifußball-Vereine für Spielertransfers in Millionen Euro



Stand 2021: 12. August; Winter-Transferfenster: 1. Januar bis 31. Januar; Sommer-Transferfenster: 1. Juli bis 31. August

Quelle: UEFA  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Damit wird hohen Transferinvestitionen und Spielergehältern ein Riegel vorgeschoben. Im Vergleich zu den meisten anderen Top-Ligen in Europa haushalten die Bundesligisten diesbezüglich aber ohnehin bedachter:

**Deutsche Klubs bezahlen – berechnet auf alle Angestellten eines Vereins – im Schnitt 54 Prozent ihres Umsatzes für Gehälter, so wenig wie keine andere große Liga.**

In der englischen Premier League und der spanischen Primera Division sind es knapp über 60 Prozent, in Italien und Frankreich gehen sogar rund drei Viertel des Umsatzes für Gehälter drauf.

Dass die Vereine sparen müssen, zeigt sich auch an den Spielertransfers. Gegenüber 2019 wechselten im Sommer 2020 ein Fünftel weniger Spieler vor Ende ihrer Vertragslaufzeit das Team. Besonders stark nahmen gezahlte Ablösesummen jenseits der 10-Millionen-Euro-Marke ab. In der Summe gaben die europäischen Klubs deutlich weniger Geld aus (Grafik):

**Im Vergleich zum Vorjahr bezahlten die Vereine im Sommer 2020 rund 2,5 Milliarden Euro weniger für neue Spieler – ein Rückgang von fast 40 Prozent.**

Ein ähnliches Bild zeigte sich im Januar dieses Jahres: Während des Winter-Transferfensters nahmen die Vereine weniger als die Hälfte des Geldes in die Hand, was in den Vorjahren gezahlt wurde. Auch in der aktuell noch laufenden Transferphase halten sich die meisten Teams weiter zurück, rund drei Wochen vor der Deadline beliefen sich die gesamten Ausgaben für Spielerkäufe erst auf 2,6 Milliarden Euro.

Ob die Sparsamkeit der Vereine auf dem Transfermarkt und bei den Spielergehältern von Dauer sein wird, bleibt abzuwarten. Immerhin lagen bereits drei Ablösesummen über dem teuersten Transfer der Vorsaison: dem Wechsel des deutschen Nationalspielers Kai Havertz für 80 Millionen zum FC Chelsea.

Sicher ist aber: Der Ball wird wieder rollen – ob mit oder ohne Fans in den Stadien.

# Ein Erfolgsmodell unter Druck

**Exportwirtschaft.** Deutschlands Volkswirtschaft ist seit vielen Jahrzehnten stark exportorientiert. Was lange überaus gut funktionierte, könnte in einer sich verändernden Weltwirtschaft zum Problem werden.

Auch wenn Deutschland schon seit einigen Jahren nicht mehr den Titel „Exportweltmeister“ führt: Die Bundesrepublik setzt mehr auf Absatzmärkte im Ausland als die meisten anderen vergleichbaren Volkswirtschaften. Seit 1952 führt Deutschland mehr Waren aus als ein.

Wie handelsoffen ein Land ist, zeigt die Außenhandelsquote: Gemessen wird sie als Summe aus Exporten und Importen von Waren und Dienstleistungen in Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Für Deutschland betrug der handelsseitige Offenheitsgrad im Jahr 2019 rund 88 Prozent, kaum ein anderes größeres Industrieland kommt auf einen solch hohen Wert.

Doch ein hoher Offenheitsgrad macht auch verwundbar. Wer viel exportiert, ist abhängiger von ausländischen Märkten. Nicht zuletzt die Corona-Krise hat dies nachdrücklich gezeigt:

**Die Warenausfuhren Deutschlands sanken 2020 um 9,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.**

Die Absatzperspektiven der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt verschlechtern sich jedoch nicht nur pandemiebedingt, auch andere, eher strukturelle Faktoren tragen dazu bei, dass das Exportgeschäft unter Druck kommt.

**Deglobalisierungstendenzen:** Schon vor der Pandemie gab es Anzeichen für eine verlangsamte Globalisierung. So wuchs der

Welthandel zwischen 2012 und 2019 um rund 29 Prozent – und damit etwas langsamer als die Wirtschaftsleistung, die auf 31 Prozent kam.

Zum Vergleich: Zwischen 2000 und 2007 wuchs der reale Welthandel um rund 76 Prozent, während die reale globale Wirtschaftsleistung nur um etwas mehr als 42 Prozent zunahm.

Auch die globalen Direktinvestitionen waren schon zwischen 2017 und 2019 rückläufig. Ähnlich sieht es bei den globalen Wertschöpfungsketten aus; sie expandierten nicht weiter, sondern waren ebenfalls zum Teil rückläufig.

**Neuer Protektionismus:** Nach der globalen Finanzmarktkrise kam es weltweit zu einem Anstieg der Handelsbarrieren. Das traf auch die deutsche Wirtschaft: Daten von Global Trade Alert zeigen, dass der Saldo aus handelsbeschränkenden und -liberalisierenden Maßnahmen

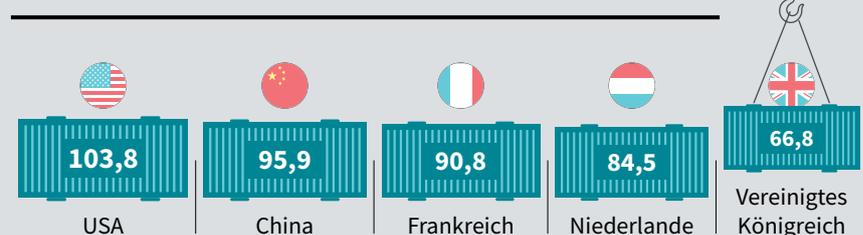
gegenüber deutschen Exporten zwischen 2012 und 2019 von 34 auf 198 stieg. Viele Beschränkungen sind nach wie vor in Kraft. So hat US-Präsident Joe Biden die von seinem Vorgänger Donald Trump eingeführten Aluminium- und Stahlzölle bislang nicht zurückgenommen.

**Krisen und Unsicherheiten.** Seit 2008 treten gravierende Krisen sehr viel häufiger auf als erwartet: die globale Finanzmarktkrise, die Euro-Schuldenkrise, die Russland-Krise nach der Krim-Annexion 2014 und den folgenden Sanktionen, der Brexit, der Trump'sche Protektionismus, die verschärften geopolitischen Rivalitäten mit China und schließlich 2020 die Corona-Krise. Viele dieser Entwicklungen gelten als „schwarze Schwäne“: als sehr unwahrscheinliche Ereignisse mit hohem Schadenspotenzial.

Diese gravierenden Krisen setzten die meisten deutschen Exportfirmen

## Exportwirtschaft: Die fünf größten Zielländer

Warenwert deutscher Exportgüter im Jahr 2020 in Milliarden Euro

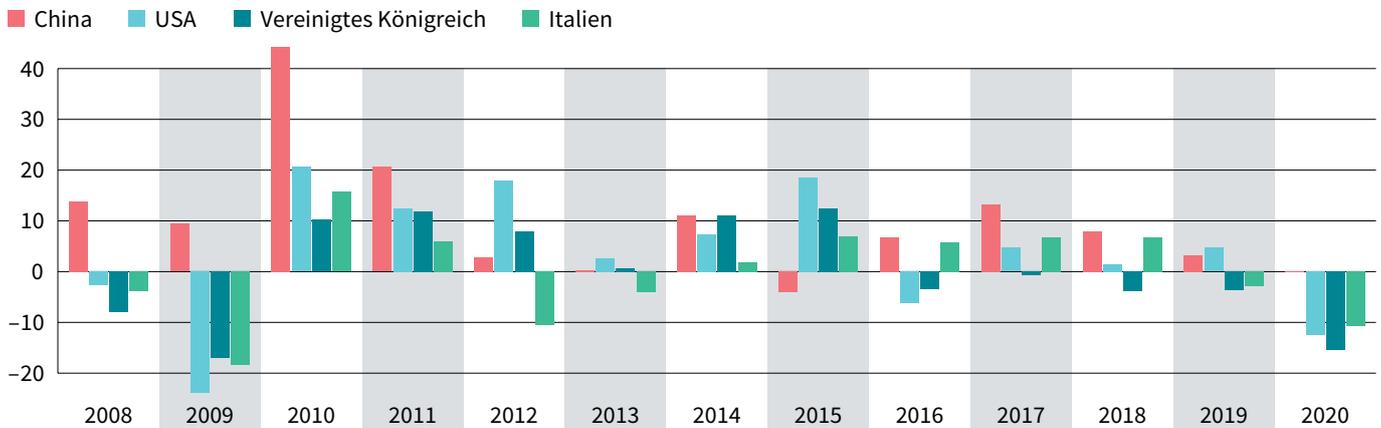


Quelle: Statistisches Bundesamt  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

## Deutsche Exporte schwanken stark

Um so viel Prozent stiegen/fielen die deutschen Warenexporte in diese Länder gegenüber dem Vorjahr



Quellen: Statistisches Bundesamt, Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

erheblich unter Druck: So stockte der Export infolge dieser Entwicklungen in den 2010er Jahren deutlich und brach am Ende dieser Dekade tief ein. Die Krisenwirkungen in den jeweils betroffenen Ländern zeigen sich deutlich in der Handelsstatistik (Grafik):

**Die deutschen Warenausfuhren nach Italien gingen im Zuge der Euro-Schuldenkrise in den Jahren 2012 und 2013 stark zurück, im Vereinigten Königreich sanken sie nach dem Brexit-Referendum 2016.**

Auch in anderen wichtigen Absatzmärkten kam es zu Exporteinbrüchen: In Russland vor allem in den Jahren 2014 und in 2015, in der Türkei 2014 und 2018.

Damit waren im vergangenen Jahrzehnt viele der wichtigsten deutschen Handelspartner gleichzeitig oder nacheinander betroffen, sodass selbst die breite Diversifizierung der Exportziele eine Verlangsamung des deutschen Exportwachstums nicht verhindern konnte.

Und was bringt die Zukunft? Das deutsche Exportmodell wird aller Voraussicht nach auch künftig durch Protektionismus, Abkoppelungstendenzen und hohe Unsicherheiten

unter Druck bleiben. Das kann gravierende Folgen für den Standort Deutschland haben. Denn bei höheren Handelsbarrieren und anhaltender Unsicherheit gibt es für deutsche Unternehmen große Anreize, ihre Märkte stärker durch eine Produktion vor Ort zu bedienen statt durch Exporte. Das kann auf Kosten der Beschäftigung hierzulande gehen.

Insbesondere China – immerhin Deutschlands zweitwichtigster Exportmarkt (Grafik Seite 8) – setzt gezielt Anreize, damit sich deutsche Firmen vermehrt in der Volksrepublik ansiedeln. Dazu gehören:

**Erstens:** Das noch zu ratifizierende bilaterale Investitionsabkommen zwischen der EU und China würde zwar die Bedingungen für Investitionen in China verbessern, aber nicht die für den Export.

**Zweitens:** China setzt mehr und mehr auf eigene Produktstandards, was Exporte aus Europa erschwert.

**Drittens:** Die chinesische Regierung erhöht den Druck auf europäische Unternehmen, ihre Geschäftstätigkeit in China weiter auszubauen und die Lieferantenbeziehungen zunehmend zu lokalisieren. Dafür

wirbt China auch mit Subventionen, etwa mit günstigen Grundstücken oder Steuervorteilen.

Die Rechnung scheint aufzugehen: Einer Befragung der Auslands-handelskammer AHK Greater China zufolge wollen 72 Prozent der in China ansässigen deutschen Unternehmen mehr vor Ort investieren, 43 Prozent wollen als Reaktion auf die Abkoppelungstendenzen sogar ihre Forschung in China ansiedeln.

Eine nicht ganz ungefährliche Strategie – aus zwei Gründen: Erstens werden deutsche Unternehmen angesichts der anhaltenden Handels- und Technologiekonflikte zunehmend zum Spielball der Geopolitik. Zweitens will China unabhängiger vom Ausland werden und setzt mittelfristig stärker auf Selbstversorgung. Wenn China ausländische Firmen nicht mehr braucht, könnte es dort zunehmend ungemütlich werden.

### IW-Kurzbericht 48/2021

Jürgen Matthes: De-Globalisierung, Protektionismus und Krisen treffen deutsches Exportmodell hart  
[iwkoeln.de/deglobalisierung](http://iwkoeln.de/deglobalisierung)

# Experten gesucht

**Digitalisierung.** Fast zwei Drittel der größeren Unternehmen in Deutschland erwarten in den kommenden fünf Jahren einen steigenden Bedarf an IT-Experten. Sie werden vor allem dafür gebraucht, den digitalen Übergang zu klimafreundlichen Technologien und Produkten voranzubringen.

Der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) ist nur eine Möglichkeit von vielen, wie die Digitalisierung zum Klimaschutz beitragen kann: KI kann zum Beispiel die Bereitstellung von Strom und Wasserstoff im Verkehrssektor erleichtern, Abläufe in der Landwirtschaft vereinfachen oder den Energieverbrauch im Unternehmen optimieren.

Für smarte Anwendungen braucht es Experten, die diese entwickeln und umsetzen. So ist der Wille zu mehr digitalen Lösungen und Klimaschutz bei den hiesigen Unternehmen schon lange da, doch oft hapert es am nötigen Know-how.

Nach einer Unternehmensbefragung des Instituts der deutschen Wirtschaft sieht ein Großteil der Unternehmen in Deutschland einen wachsenden Bedarf an Fachkräften, um klimafreundliche Technologien voranzubringen (Grafik):

**Mehr als 63 Prozent der Betriebe mit mindestens 250 Mitarbeitern erwarten in den kommenden fünf Jahren einen steigenden Bedarf an IT-Experten.**

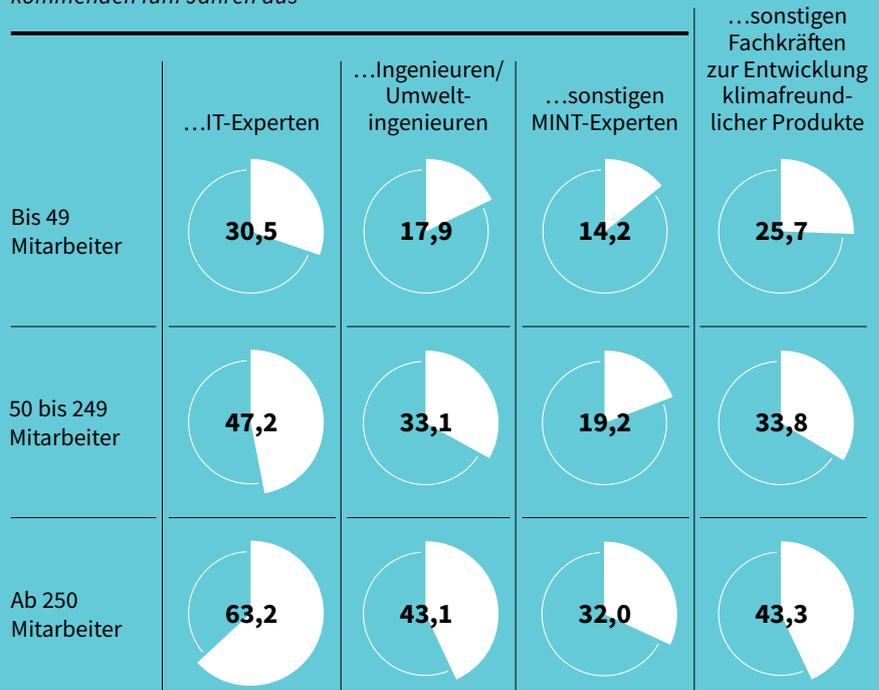
Auch der Bedarf an Ingenieuren, Umweltingenieuren und sonstigen MINT-Arbeitskräften – also aus den Fachrichtungen Mathematik, Infor-

matik, Naturwissenschaften und Technik – wird für den digitalen Übergang zu klimafreundlichen Technologien nach Unternehmensansicht steigen, eine Einschätzung, die auch kleinere Betriebe teilen.

Die große Nachfrage nach Experten trifft am Arbeitsmarkt allerdings auf ein geringes Angebot: **Bezogen auf alle Berufe, die für die Digitalisierung benötigt werden, wächst die Fachkräftelücke**

## Fachkräfte für mehr Klimaschutz

So viel Prozent der Unternehmen gehen von einem steigenden Bedarf an ... zur Entwicklung klimafreundlicher Technologien und Produkte in den kommenden fünf Jahren aus

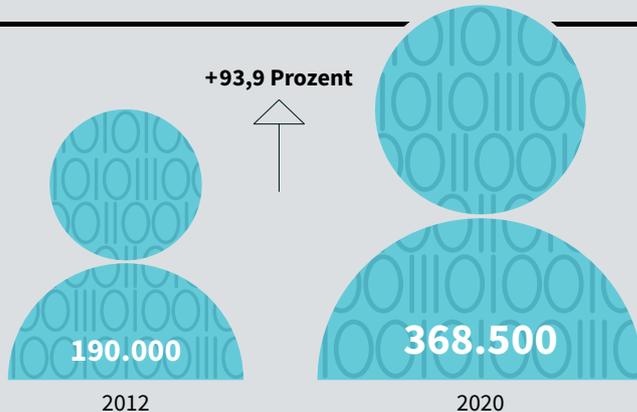


Befragung von 1.193 Unternehmen im Dezember 2020

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

## Mehr IT-Experten für die Digitalisierung

So viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in IT-Expertenberufen gab es Ende des jeweiligen Jahres in Deutschland



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

### **schon seit Jahren an – im Jahr 2019 fehlten 88.200 Arbeitskräfte.**

Vor allem mit Blick auf die Informatiker klafft eine große Lücke: Im Juli 2021 fehlten rund 32.800 IT-Experten auf dem Arbeitsmarkt. Und das, obwohl die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten IT-Experten in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen ist (Grafik):

**Gab es Ende 2012 lediglich 190.000 IT-Experten in Deutschland, waren es Ende 2020 bereits 368.500 – das entspricht einer Steigerung von fast 94 Prozent.**

Nach der Ursache für die Fachkräftelücke kann man vor allem im Bildungssystem suchen: So steigt die Zahl der Hochschulabsolventen im Fach Informatik nur schleppend. Zwar gab es 2019 mehr Studienanfänger als in den Vorjahren, allerdings hat die Corona-Pandemie im Jahr 2020 diesen Trend wieder gestoppt, da viele Studenten aus dem Ausland ausbleiben.

Zudem dürften die coronabedingten Schulschließungen bei den

Schülerinnen und Schülern vor allem im Fach Mathematik zu Lernrückständen geführt haben. Auch dieser Umstand könnte dazu beitragen, dass es in den kommenden Jahren weniger Informatikstudenten in Deutschland geben wird.

**Bezogen auf alle Berufe, die für die Digitalisierung benötigt werden, fehlten 2019 rund 88.200 Arbeitskräfte.**

Schon vor dem Ausbruch der Pandemie gab es große Defizite bei den Schülerinnen und Schülern:

**Zwischen 2013 und 2018 konnte in der achten Jahrgangsstufe keine Leistungssteigerung bei den computer- und informationsbezogenen Kompetenzen festgestellt werden.**

Auch die digitale Infrastruktur ließ an den meisten Schulen in Deutsch-

land zu wünschen übrig; zumindest das dürfte sich mit der Corona-Krise etwas verbessert haben.

Wie kann es also langfristig gelingen, die Fachkräftelücke für ein Vorankommen in der Digitalisierung und im Klimaschutz zu schließen?

Hier ist zunächst die Politik gefragt: Bund und Länder müssen mehr tun, um für den hiesigen Nachwuchs an IT-Spezialisten zu sorgen. Das fängt schon damit an, dass die Infrastruktur an Schulen weiter ausgebaut werden muss. Zudem sollten mehr Lernangebote die digitalen Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler verbessern.

**Damit die Digitalisierung auch den Weg für mehr Klimaschutz ebnen kann, sollten Fördergelder für Forschung genau auf die Schnittstellen von Digitalisierung und Dekarbonisierung ausgerichtet werden.**

Dies würde auch den Einsatz von KI voranbringen. Für diese Schnittstelle ist insbesondere die akademische Weiterbildung an Hochschulen von großer Bedeutung. Untersuchungen zeigen, dass für KI-Stellen vor allem berufserfahrene MINT-Akademiker gesucht werden, die aktuelle Kompetenzen in diesem Bereich mitbringen.

Berufsbilder verändern sich zum Teil in rasantem Tempo, wodurch entsprechende Weiterbildungen angeboten werden müssen. Nur so kann der Nachwuchs an digitalen Experten gesichert werden, der für den Weg zu mehr Klimaschutz in der deutschen Wirtschaft unerlässlich ist.

#### **IW-Kurzbericht 51/2021**

Vera Demary, Axel Plünnecke, Thilo Schäfer: Dekarbonisierung – Digitale Fachkräfte gesucht  
[iwkoeln.de/fachkraefte](http://iwkoeln.de/fachkraefte)

# Aus Not in den Norden

**Weinbau.** Der Klimawandel macht auch vor dem Weinbau nicht halt – weltweit. Die Winzer sind deshalb dabei, ihr Gewerbe den neuen klimatischen Bedingungen anzupassen, was große Herausforderungen, aber auch Chancen birgt. Außer Frage steht indes, wie wichtig der Wein als globaler Wirtschaftsfaktor ist.

Als vor einem Monat der Starkregen an der rheinland-pfälzischen Ahr zu Überschwemmungen und Verwüstungen führte, traf das auch die dortigen Winzer: Fässer, Flaschen, Maschinen wurden mitgerissen, Rebflächen zerstört. Mittlerweile gibt es vielerorts „Flutwein“ zu kaufen – die Flaschen voller Schlamm, aber mit unversehrtem Inhalt.

Bundesweit ist die Ahr-Region allerdings eine der kleineren Weingebieten (Grafik):

**Auf 563 Hektar wurde 2020 an der Ahr Wein angebaut. Wesentlich größer sind die Anbauggebiete in Rheinhessen und der Pfalz mit jeweils deutlich mehr als 20.000 Hektar sowie in Baden und Württemberg mit fast 16.000 respektive gut 11.000 Hektar.**

Der Vergleich mit dem Jahr 2009 zeigt, dass fast alle kleineren Weinregionen flächenmäßig bis 2020 deutlich zugelegt haben – im Fall der Region Saale-Unstrut sogar zweistellig. Die großen Weinbaugebiete blieben in ihrer Größe jedoch nahezu unverändert oder verloren sogar an Boden.

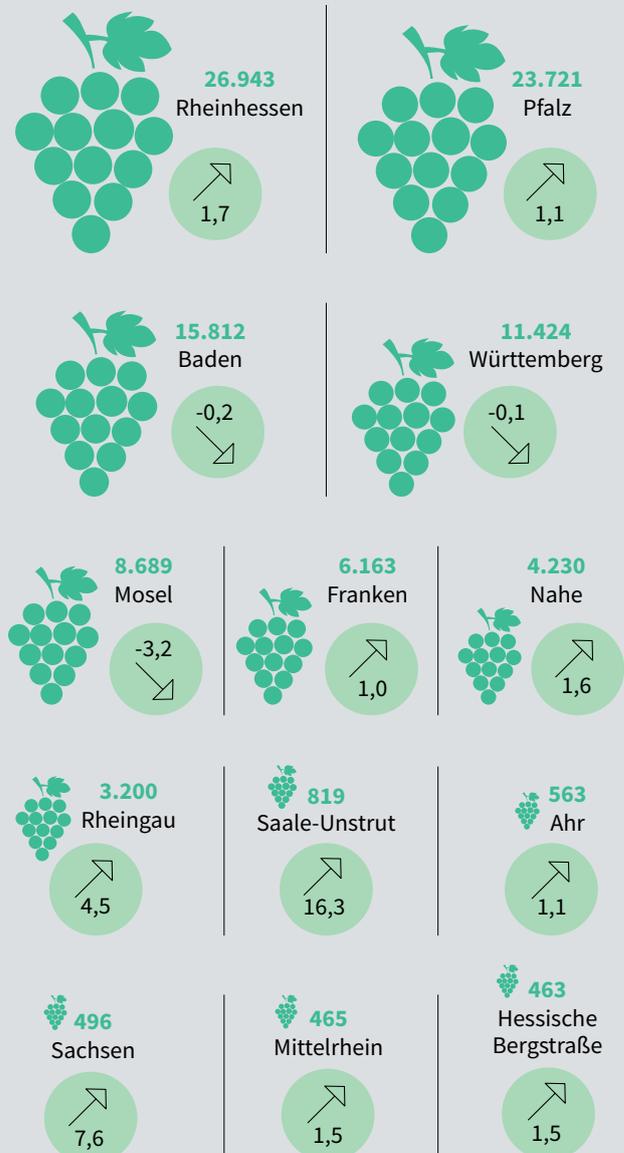
Auch der Klimawandel beeinflusst die Anbaugebiete. So wurde 2020 erstmals in allen 13 Flächenländern der Bundesrepublik – also auch in den nördlichen – Wein angebaut, was dem Statistischen Bundesamt eine Pressemitteilung wert war. Sogar auf Sylt wird derzeit der Anbau getestet und noch weiter im Norden, in Norwegen, wird mit Wein experimentiert. Denn durch den Klimawandel verschieben sich die Regionen, die sich für den Weinbau anbieten, immer weiter Richtung Arktis und in höhere Lagen; wohingegen es südlichere Regionen wegen zu viel Hitze und Trockenheit immer schwerer haben.

Von einigen Folgen des Klimawandels ist denn auch im Vorwort zur jüngsten Weinstatistik des Deutschen Weininstituts die Rede: Es attestiert dem Jahrgang 2019 einerseits eine sehr gute Qualität – bedingt durch viel

## Deutsche Weinregionen

So viel Hektar waren im Jahr 2020 mit Keltertrauben bestockt

■ Veränderung gegenüber 2009 in Prozent

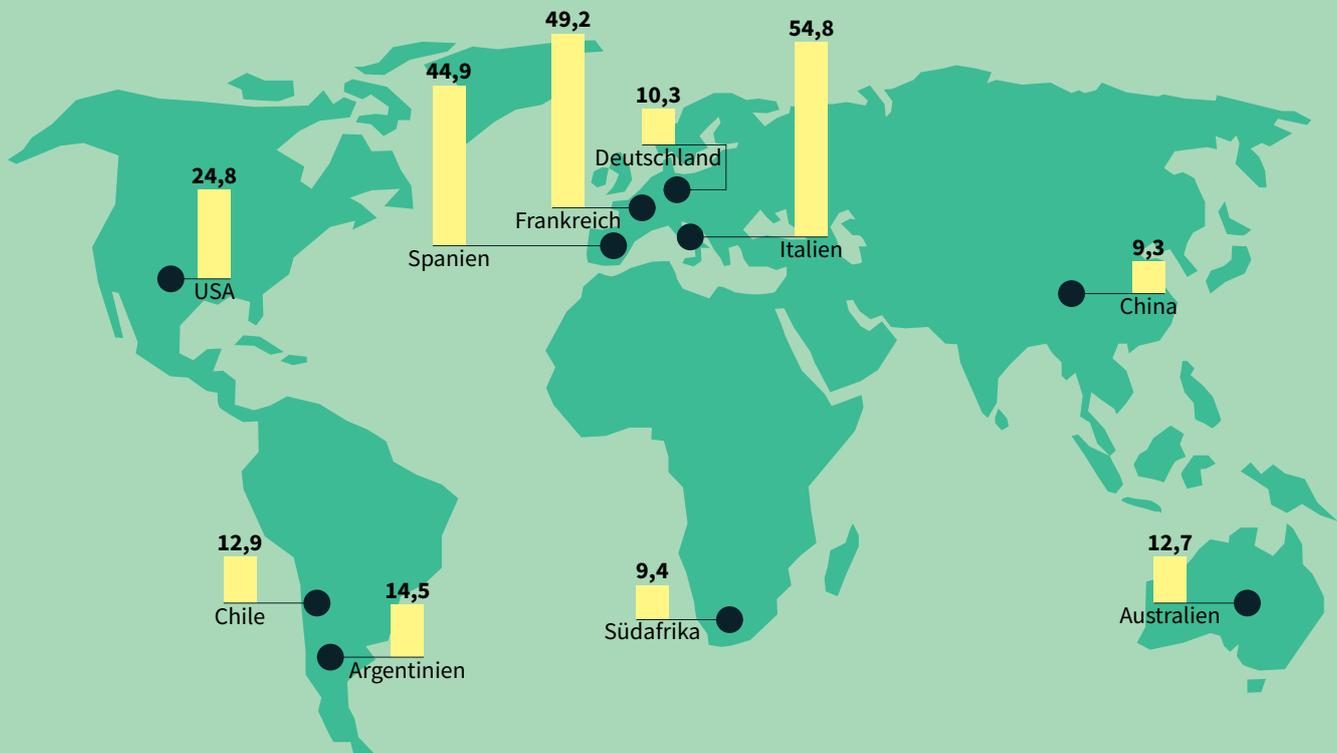


Quelle: Statistisches Bundesamt  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

## Wein wird weltweit angebaut

Top Ten der Weinproduzenten weltweit in Millionen Hektolitern im Jahr 2018



Quelle: Internationale Organisation für Rebe und Wein  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Sonne ergo reife Trauben. Andererseits gab es hierzulande verbreitet Sonnenbrandschäden an den Weinreben, weil es vor allem im Juli 2019 extrem heiß war. Das Ergebnis:

**Im Jahr 2019 fiel die Weinmosternte mit 8,3 Millionen Hektolitern um etwa 5 Prozent geringer aus als im zehnjährigen Mittel.**

So ist der Klimawandel Segen und Fluch zugleich, und den Winzern muss es gelingen, sich mit den Veränderungen zu arrangieren. Manche reduzieren bereits die Zahl der Blätter an den Rebstöcken, um den Reifeprozess der Trauben zu verlangsamen, andere verlagern den Anbau in höhere oder sonnenärmere Lagen. Scheitern die Winzer, wäre der gesamtwirtschaftliche Verlust erheblich (Grafik):

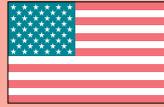
**Deutschland war 2018 mit über 10 Millionen Hektolitern der achtgrößte Weinproduzent der Welt.**

Die deutsche Platzierung schwankt zwar je nach Jahr und Erntemenge ein wenig, doch der Abstand zu den drei weltgrößten Erzeugern Italien, Frankreich und Spanien wird ohnehin nicht so schnell schwinden. In einigen Staaten boomt die Weinproduktion allerdings seit Jahren und sie machen gegenüber den Platzhirschen rapide Boden gut:

**In den Vereinigten Staaten legte die Weinproduktion von 1990 bis 2019 von knapp 16 auf bald 25 Millionen Hektoliter zu.**

Australien, Chile und Neuseeland haben ihre Produktion – von deutlich niedrigerem Ausgangsniveau – sogar vervielfacht.

## Wein aus Deutschland: Großkunde USA



Die fünf wichtigsten Abnehmerländer deutscher Weine im Jahr 2019

	in 1.000 Euro	in Hektolitern	Preis pro Hektoliter in Euro
USA	65.000	164.000	395
Norwegen	26.000	64.000	403
Niederlande	25.000	130.000	191
Großbritannien	25.000	141.000	181
China	17.000	33.000	517
<b>Insgesamt</b>	<b>305.000</b>	<b>1.041.000</b>	<b>293</b>

Nettoausfuhren ohne Reexporte

Quelle: Deutsches Weininstitut  
© 2021 IW Medien / iwd

iwd

Gleichwohl führt der Klimawandel in vielen der wachsenden Weinstaaten zu Problemen: Es braucht etwa 600 Liter Wasser für einen Liter Wein. Deutschland hat dafür noch immer eine halbwegs gesicherte Versorgung, andernorts – in Südkalifornien oder Australien zum Beispiel – laufen die Flüsse leer.

Für viele Nationen ist das nicht nur aus Binnensicht problematisch, es würde auch das Ausland treffen:

**Die Top-Weinexportländer Spanien, Italien und Frankreich exportierten jeweils deutlich mehr als ein Drittel ihres Weins ins Ausland. Aus den USA – bei der Produktion immerhin auf Rang vier – fand etwa jede siebte Flasche den Weg in die Fremde.**

Derweil haben Chile und Argentinien einerseits sowie Australien und Neuseeland andererseits ihren Export drastisch erhöht:

**Chile und Argentinien exportierten 1990 zusammen etwa 500.000 Hektoliter Wein, 2018 waren es bereits 11,4 Millionen Hektoliter. Bei Australien und Neuseeland legten die Ausfuhren von 400.000 Hektolitern auf zusammen 10,1 Millionen zu.**

Das deutsche Wachstum beim Weinexport nimmt sich dagegen mit etwa einem Drittel bescheiden aus. Allerdings sind die deutschen Zahlen ohnehin schlecht vergleichbar, da Reexporte nicht herausgerechnet werden können.

Zieht man die Daten des Statistischen Bundesamts und des Verbands Deutscher Weinexporteure heran, kam Deutschland 2019 auf etwas über eine Million exportierte Hektoliter. Der Wert des 2019 aus Deutschland exportier-

ten Weins lag bei rund 305 Millionen Euro beziehungsweise 2,93 Euro pro Liter (Grafik):

**Der wichtigste Abnehmer für deutschen Wein waren die USA – sowohl mengenmäßig als auch beim Umsatz. Und auch beim Preis pro Liter lagen sie mit 3,95 Euro relativ weit vorn.**

Am meisten zahlten allerdings chinesische Weinliebhaber bzw. Importeure für deutschen Wein: über 5 Euro pro Liter. Im Reich der Mitte erfreut sich Wein generell wachsender Beliebtheit:

**Der Weinkonsum in China stieg von 2000 bis 2018 von knapp 11 auf über 18 Millionen Hektoliter.**

In Deutschland pendelt der Verbrauch seit Jahren um die 20 Millionen Hektoliter.

China ist mittlerweile der fünftgrößte Weinkonsument – nach den USA, Frankreich, Italien und Deutschland. Im eigenen Land produzierten die Chinesen 2018 rund 9 Millionen Hektoliter, was für Rang zehn weltweit reicht.

Spannender ist allerdings eine andere Entwicklung: Die Rebfläche in China ist von 1990 bis 2019 um fast 600 Prozent gewachsen. Damit hat weltweit nur noch Spanien mehr Fläche, die für den Weinanbau zur Verfügung steht. Zum Vergleich:

**In Deutschland gab es laut Statistischem Bundesamt im Jahr 2020 rund 103.000 Hektar Rebfläche. Das entspricht immerhin etwa 40 Prozent der Größe des Saarlands.**

Knapp ein Viertel der Weinbaufläche war mit Reben bestockt, die 30 Jahre und älter sind – gegenüber 2015 ein Plus von 11,5 Prozent. Dafür gibt es zwei Gründe:

**Die Weinqualität** alter Reben ist bekannt und wird von Konsumenten geschätzt. Die Pflanzen werden deshalb nicht grundlos ausgetauscht.

**Das Wurzelwerk** alter Reben reicht tiefer, was für Trockenperioden hilfreich ist und alten Pflanzen einen Vorteil gegenüber jungen verschafft. Der wachsende Altbestand ist also auch eine Antwort auf die klimatischen Veränderungen.

Doch egal ob nun alte oder neue Reben – im hiesigen Weinbau dominiert noch immer der Weißwein (Grafik Seite 15):

**Der Weiße Riesling steht mit 23.500 Hektar Anbaufläche in Deutschland klar an der Spitze, gefolgt von Reben des Müller-Thurgau mit 11.300 Hektar. Der Blaue Spätburgunder kommt als beliebteste Rotweinsorte mit 11.100 Hektar auf Rang drei.**

Die Anbaufläche für rote Sorten hat sich in Deutschland in den vergangenen elf Jahren reduziert, der Weißwein konnte seine Vormachtstellung weiter ausbauen:

**Die Anbauflächen für weiße Rebsorten haben von 2009 bis 2020 um gut 4.000 Hektar zugenommen, während sich die Fläche für rote Sorten um mehr als 3.000 Hektar reduziert hat.**

Innerhalb der weißen Rebsorten ist der Graue Burgunder um einiges beliebter als früher. Die Rebfläche hat hier um fast zwei Drittel zugelegt. Noch deutlicher, allerdings mit viel niedrigeren Absolutwerten, vergrößerten sich die Anbauflächen für den Sauvignon Blanc – nämlich um über 220 Prozent. Ursprünglich stammt die Sorte aus dem Loire-Tal.

Auch beim in Deutschland angebauten Rotwein – konkreter: bei der Sortenwahl – gibt es Verschiebungen, die zumindest zum Teil mit dem Klimawandel zusammenhängen:

**Die Anbauflächen für Merlot und Cabernet Sauvignon haben in Deutschland von 2009 bis 2020 gegen den Trend um jeweils über 50 Prozent zugenommen.**

Die Weinstöcke dieser Sorten blühen früher und brauchen lange Sonnenphasen zum Reifen. Mittlerweile können deutsche Lagen das immer öfter bieten – früher war das nur in den klassischen Anbaugebieten Südfrankreichs gewährleistet.

Die Dominanz des Weißweins an deutschen Hängen relativiert sich allerdings, wenn man nicht auf die Anbaufläche, sondern auf den Handel blickt. In Deutschlands Supermärkten und Weinhandlungen stand 2019 mit gut 53 Prozent zwar deutlich mehr deutscher Weißwein in den Regalen als deutscher Rotwein (37,1 Prozent) und Rosé (9,8 Prozent), aber:

**Inklusive importierter Weine belegte Rotwein 46,4 Prozent der Regalfläche in Deutschland, Weißwein nur 44 Prozent.**

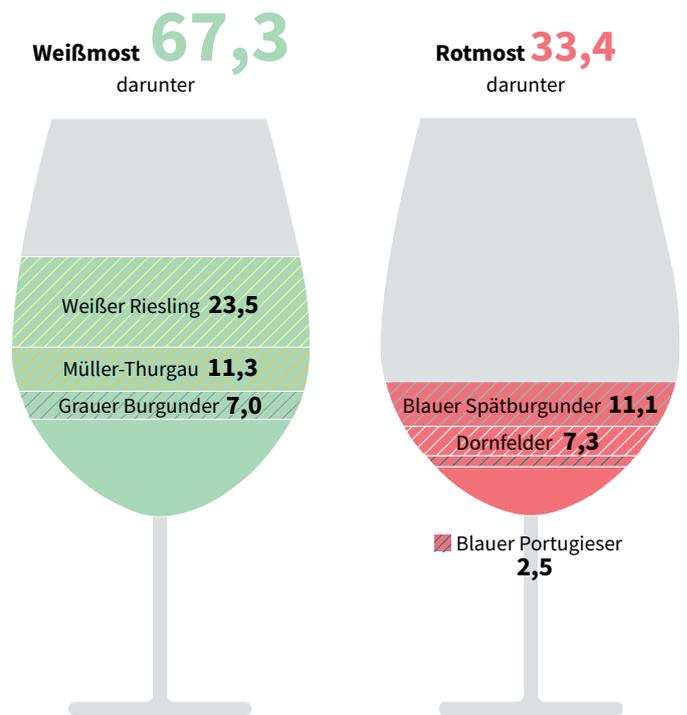
Ob Weiß-, Rot- oder Roséwein: Beim von Deutschland importierten Wein, der immerhin 55 Prozent der hierzulande konsumierten Menge ausmacht, hatten die drei weltgrößten Produzenten auch im Jahr 2019 die Nase vorn – wobei Weine aus Italien sowohl mit Blick auf den Wert als auch auf die Menge vor Frankreich und Spanien landeten.

Apropos Frankreich: Dort, aber auch andernorts, stehen die Winzer vor einer weiteren klimabedingten Herausforderung. Ihre Weinerzeugung ist nämlich untrennbar an eine Region gekoppelt – Bordeaux

beispielsweise. Wenn sich solche Regionen früher oder später aber nicht mehr für den Anbau eignen, gegebenenfalls noch nicht einmal mehr mit neuen Rebsorten, wäre es unmöglich, unter dem renommierten Namen Wein zu vertreiben.

**Rebflächen: Weißwein liegt in Deutschland vorn**

*Beliebteste Weinreben nach Anbaufläche im Jahr 2020 in 1.000 Hektar*



Rebfläche im Ertrag, also ohne Neubepflanzungen, die noch keine Trauben liefern; einschließlich Most aus gemischten Beständen

Quelle: Statistisches Bundesamt  
© 2021 IW Medien / iwd



**Impressum**



**Herausgeber:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V. - **Präsident:** Arndt Günter Kirchhoff - **Direktor:** Prof. Dr. Michael Hüther - **Mitglieder:** Verbände und Unternehmen in Deutschland - **Redaktionsleiter:** Jork Herrmann (verantwortlich) - **Redaktion:** Berit Schmedendorf (stellv.), Andreas Wodok (Textchef), Lara Kamann, Florian Janssen, Alexander Weber - **Grafik:** IW Medien GmbH - **E-Mail:** iwd@iwkoeln.de - **Bezugspreis:** € 11,89/Monat inkl. Versand und MwSt., Erscheinungsweise 14-täglich - **Abo-Service:** Friederike Ennsberger, Telefon: 0221 4981-450, ennsberger@iwkoeln.de - **Verlag:** Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln - **Telefon:** 0221 4981-0 - **Druck:** Henke GmbH, Brühl - **Rechte für Nachdruck oder elektronische Verwertung über:** lizenzen@iwkoeln.de - Zur Abwicklung des Vertriebs erforderliche Daten werden nach den Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes verwaltet, E-Mail: datenschutz-iwd@iwmedien.de.



**Zahl der Woche****47 Prozent**

der Tarifbeschäftigten in Deutschland haben in diesem Jahr Urlaubsgeld bekommen. Vielleicht tröstet sie das zumindest ein wenig darüber hinweg, dass Reisen – zumindest ins Ausland – durch die Corona-Pandemie noch immer mit einigem Aufwand, gewissen Unwägbarkeiten und Unsicherheiten verbunden sind. Durchschnittlich zahlten die Firmen ihrer Belegschaft pro Kopf 1.525 Euro; die Unterschiede zwischen den alten und den neuen Bundesländern sind allerdings groß: In Westdeutschland flossen 1.570 Euro in die Urlaubskasse der tarifgebundenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, in Ostdeutschland im Schnitt lediglich 1.104 Euro.

Doch es gibt noch mehr Differenzen: Erstens hängt die Höhe des Urlaubsgeldes stark von der Branche ab. So stehen Mitarbeiter der Informationsdienstleistungen mit durchschnittlich 3.486 Euro klar an der Spitze. Am anderen Ende der Liste rangiert die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften mit durchschnittlich 219 Euro pro Kopf.

Zweitens bekommen längst nicht alle Tarifbeschäftigten in einer Branche Urlaubsgeld. So gewähren zwar der Maschinenbau und die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren ausnahmslos allen die Sonderzahlung, bei den Informationsdienstleistern dagegen kommen lediglich 35,4 Prozent in den Genuss.

## Top-Liste: Medienkonzerne

An Bertelsmann kommt keiner vorbei: Der Konzern ist das mit Abstand größte Medienunternehmen in Deutschland, wie kress pro analysiert hat. Dafür hat das Branchenmagazin die in Deutschland tätigen Medienkonzerne nach tatsächlichem, hochgerechnetem oder geschätztem Umsatz gereiht. Bertelsmann, zu dem auch RTL gehört, dominiert das Ranking deutlich. Mit weit über 17 Milliarden Euro liegt der Jahresumsatz mehr als viermal so hoch wie bei den anderen Firmen auf dem Treppchen. Schon Platz zwei hält allerdings eine Überraschung bereit: Mit etwa 4,2 Milliarden Euro Umsatz allein auf dem deutschen Markt hat sich Google 2020 an ProSiebenSat.1 Media vorbeigeschoben. Digitalkonzerne aus den USA sind mittlerweile ohnehin eine zentrale Größe des hiesigen Medienmarkts, drei von ihnen haben es unter die umsatzstärksten Medienkonzerne in Deutschland geschafft.

### Die größten Medienunternehmen: Ein Ami kommt selten allein

*Umsatz in Deutschland im Jahr 2020 in Millionen Euro*

Bertelsmann, Gütersloh	17.289
Google, deutscher Markt	4.200
ProSiebenSat. 1 Media, Unterföhring	4.047
Verlagsgruppe Georg v. Holtzbrinck, Stuttgart	3.187
Axel Springer, Berlin	2.904
Hubert Burda Media, München und Offenburg	2.775
Amazon, deutscher Markt	2.196
Bauer Media Group, Hamburg	2.100
Sky Deutschland, Unterföhring	2.000
Facebook, deutscher Markt	1.700

Teilweise vorläufige Angaben, Hochrechnungen oder Schätzungen  
Bertelsmann: inklusive Mediengruppe RTL mit 2.127 Millionen Euro Umsatz

Quellen: kress pro, Wirtschaftsjournalist  
© 2021 IW Medien / iwd

**iwd**